

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pf. für jede Zeile mit 20 Pf. berechnet und in der Ausgabe, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Seite 75 Pf. Erhalten vollständig postfrei; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abend unserer Original-Artikel ist nicht gestrichelt.)

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., anstandslos, Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Nachpostämtern angenommen. Zu amtlichen Zeitungs-Berechnungen unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Schorre in Halle.
Verständnis von 10^h bis 12^h, Uhr.
(Gesamtpreis: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Erhebungsrechtlicher Jahrgang.

Nr. 92.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 24. Februar

1903.

Des Kanzlers Wahlprogramm.

Die nennliche Meldung unseres Berliner politischen Mitarbeiters, das Staatsministerium verfolge sich mit der Absicht, eine Wahlparole gegen den Bund der Landwirte auszugeben, ist offiziell bisher unbekannt geblieben. Die konservativen Blätter zwar und diejenigen Kreise, die unter den Folgen einer solchen Parole in erster Linie zu leiden hätten, haben sich mahnend bemüht, das Vorhandensein derartiger Erörterungen abzuleugnen, im Grunde ihres Herzens aber werden sie sich wohl selbst zugehen, daß die ganze innerpolitische Situation die Möglichkeit einer solchen Wahlparole nicht ausgeschlossen erscheinen läßt. Die Regierung hat ein ganz außerordentliches Interesse daran, den Boden vor allem der konservativen Wählerfront für die agrarische Agitation fertile zu machen; sie weiß es ebenjenseitig, daß jeder, der die öffentlichen Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt, es wissen muß, daß die Gefahr, die ihr und ihrer Politik von der agrarischen Seite droht, nicht minder gering anschlagen ist als die Gefahr, die gemeinhin dem Anwachen der sozialdemokratischen Propaganda zugeschrieben wird, und sie wird um so weniger noch lange zögern, den Bündlern ein Hindernis aufzubauen, als der nennmehr begonnene Einfluß des Bundes der Landwirte auf die rechtsstehenden Parteien erkennen läßt.

Den Anfang dazu hat sie bereits gemacht. Durch die agrarische Presse gehen lebhafteste Befremdungen über gewisse agrarische inländische Artikel, die in den letzten Tagen hier und da in den Kreisblättern aufgetaucht sind, und Artikel, die mit denen um Wangenheim und Diederich haben nicht gerade glücklich verfahren. Das ministerielle Presbureau ist also bereits mobilisiert worden, und die bündlerische Presse erfährt den Ernst dieser Tatsache für die agrarischen Befürworter bereits so vollkommen, daß sie sofort mit großem Gehörg gegen anfährt und unter Drohungen mit einem Boykott der Kreisblätter erklärt, es unter keinen Umständen dulden zu wollen, „daß in den Kreisblättern gegen den Bund und damit gegen die stärkste staatsverhaltende Macht gehetzt werde.“ Wie der Bund der Landwirte das anfangen will, bleibt unentwikel rätselhaft. Muß man auch auf dem Standpunkt stehen, daß die amtlichen Kreisorgane sich aller politischen Polemik zu enthalten haben, weil schon jeder landliche Bewohner, der sich nicht in irgendwelchen Nachteilen aussetzen will, sie halten genügt ist jeder zu der Kreisbehörde in der einen oder anderen amtlichen Beziehung stehende Kreisangehörige aber die Verpflichtung hat, sie zu lesen, auch wenn er der Regierungs- und Landratspolitik durchaus nicht zugestimmt, so wuchtet der Einfluß des Landrats auf den Kreisblättern doch derart, daß diese es gar nicht wagen dürfen, sich der Veröffentlichung der Artikel des ministeriellen Presbureaus zu widersetzen. Das ist bedauerlich, aber es ist seit langem Jahren so, und wie alle Verurtheile, deren Einfluß zu unterbinden, bisher vergeblich geblieben sind, so wird es auch dem Bund nicht gelingen, ihn zu unterbinden. Die notwendige Folge muß also eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Agrariern sein, und man wird sich bei der Offenherzigkeit der bündlerischen Presse in dieser Hinsicht schon auf einiges gefaßt machen dürfen. Nüchtern wäre es freilich, Graf Bülow wägte den Kampf offen und legte in Erinnerung an gewisse kanalpolitische Vorgänge die Landräte hinsichtlich ihres Eingreifens in den Wahlkampf zu Ungunsten der Agrarier oder anderer Parteien ebenso trocken, wie er sie einem bisher ebenfalls noch unwidersprochen gebliebenen Gerichte zufolge bezüglich einer etwa vorhandenen Neigung zur Unterdrückung der Bündlerische gesetz haben soll.

Wenn sich das Wahlprogramm bezieht, das er sich einer hauptsächlichsten Korrespondenz zufolge angeeignet hat, würde er dabei nicht nur politisch richtig, sondern auch klug und weise handeln. Reform des Verwaltungsapparates, Mittel und Anstand, harte Finanzreform, „Kantonsreform“, Handelsverträge, „Vriengeseh“ oder für das Reich. Sechs verschiedene Punkte, wie man ohne weiteres zugeben darf, aber nur zu schön, als daß der Kanzler darauf rechnen könnte, sie mit Hilfe einer Mehrheit, wie sie ihm jetzt im Reich und Landtage zur Verfügung steht, auch zum Teil nur durchzuführen. Will er wirklich Handelsverträge zustande bringen, erstlich den enormen Schädigungen ein Ende bereiten, die dem Handel durch das Vriengeseh zugefügt worden sind und täglich noch zugefügt werden, dann muß eine Promissionierung gegen den Bund der Landwirte allein nichts, dann ist es auch verfehlt, in den Kreisblättern das Lob der wahren Konservativen singen zu lassen, denn in den Reihen der Konservativen sitzen zum mindesten ebenso viele und ebenso erregte Gegner auf gesundem volkswirtschaftlichen Prinzipien aufgebauter Handelsverträge, wie in den agrarischen Reihen, vom Vriengeseh ganz zu schweigen, dessen Abänderung, wenn sie dem Bedürfnis entsprechend und die zahlreichen stehenden Schädigungen des jetzigen Zustandes beseitigen soll, leider nur durch ein entschlossenes Auftreten der Regierung den rechtsstehenden Parteien gegenüber zu erreichen sein wird. Bund der Landwirte und Konservative stehen der Verwirklichung dieser beiden Programmpunkte in gleichem Maße im Wege, und auch für eine vernünftige Finanzreform, die eben nur dann vernünftig sein kann, wenn sie unter Wahrung des Grundsatzes, daß die stärksten Schultern auf die größten Lasten tragen müssen, erfolgt, ist von beiden Parteien keine Mit-

hilfe zu erwarten. Nicht anders sieht es mit den angeblichen Absichten des Grafen Bülow hinsichtlich der preussischen Politik. So dringen notwendig eine Reform des Verwaltungsapparates und so sehr das Ansehen der Regierung mit dem endlichen Bau des Mittelstandes verknüpft ist, so wenig Hoffnung wird sich der Reichstanzler und Ministerpräsident auf eine gezielte Verwirklichung seines diesbezüglichen Programms machen dürfen, solange die Wahlen unter der Hegelie der Landräte stattfinden. Wenn man die Ursachen betrachtet, aus denen die Notwendigkeit einer Reform innerhalb der Verwaltung jetzt endlich auch der Regierung zum Bewußtsein gekommen ist, und wenn man sich der Vorgänge erinnert, die bei der Beratung der Kanalvorlage sich im Abgeordnetenhaus abspielten, dann muß man sich ohne weiteres sagen, daß die Regierung den Vorschlag zum Gärtnern macht, wenn sie die Agrarier durch die Landräte vermittelt der Kreisblätter bekämpfen läßt. Es liegt in der Natur ihres Amtes, daß die Verwalter der Kreise mehr oder minder agrarierfreundlich sind. Entweder haben sie selbst Eigenschaften im Kreise oder sie unterhalten zu den Großgrundbesitzern ihres Kreises so nahe gesellschaftliche Beziehungen, daß sie schließlich in einen Konflikt zwischen Amtspflicht und persönlichen Wollen hineingetrieben werden, der Unzulänglichkeiten der verschiedensten Art zeitigen muß und umgangen werden könnte, wenn die Regierung in aller Offenheit ihren Standpunkt der jetzigen inner- und parteipolitischen Lage gegenüber kundgibt und im übrigen dafür sorgt, daß der amtliche Verwaltungsapparat vom Regierungspräsidenten bis zum Amts- und Gemeindevorsteher hinab sich den bevorstehenden Wahlen völlig passiv verhalte.

Gerade jetzt wird gemeldet, daß beträchtliche Veränderungen in den hervorragenden Verwaltungskreisen bevorstünden. In Magdeburg, Düsseldorf, Arnberg und Köln sind die Regierungspräsidenten neu zu besetzen, Posen harret noch immer eines neuen Oberpräsidenten. Man geht vielleicht nicht sehr in der Annahme, daß diese Beförderungen dem Vernehmen nach andere nachfolgen sollen, in letzter Linie eine Ursache des Konfliktes sind, in den die Beamten in Folge des zaudernden, unstilligen Verhaltens der Regierung hineingetrieben wurden. Es gewinnt den Anschein, als ob es gewisse Schwierigkeiten bereite, diese Elemente mit geeigneten Kräften zu besetzen und man wird aus dem Vernehmen der neuen Präsidenten ungefähr entnehmen können, ob es dem Grafen Bülow in der Tat ernst ist mit einem Wahlprogramm, wie es weiter unten skizziert wurde. Trügt nicht alles, dann ist die Rücksicht auf das Zentrum der Punkt, an dem sich die Wollen und Können der Regierung hängen. Das Zentrum hat der Regierung rechtlich geboten, ihre Wünsche zu erfüllen; es hat, um seine bedeutendsten Hilfsaktionen zu erwähnen, nicht bloß den Zolltarif unter Dach und Fach gebracht, sondern auch der großen Notenvorlage von 1900 und der Gesetzesvorlage von 1902 den Weg zur Verwirklichung geebnet und will nun auch seinen Anteil an der Verwaltung, seinen Anteil an der Gehelggebung haben. Graf Bülow dürfte allmählich einsehen, daß er das Zentrum hat zu mächtig werden lassen und von seinem Verhalten dieser Partei gegenüber wird nach den Wahlen für die Gestaltung der inneren Verhältnisse im Reich mehr abhängen, als sich jetzt überblicken läßt. Die Schwierigkeiten, denen er augenblicklich erliegt, gegenübersteht, sind erst ein Vorspiel dessen, was kommen wird, wenn er seine Taktik nicht vor den Wahlen noch einer Revision unterzieht. Sch.

Deutsches Reich.

Die Reichs-Arbeitsstatistik.

Im Gegensatz zu den endlosen lospolitischen Unterhaltungen, die sich in den Landtagen des Reichstages an die Position Gehalt des Staatssekretärs im Reichstag des Innern knüpfen, führten die Debatten zum Kaiserlichen Statistiken Amt zu einer weit fruchtbareren Verpredung einzelner bestimmter Fragen. Dielem Amt sind jetzt so hervorragende sozialpolitische Aufgaben zugewiesen, daß man in Zweifel sein kann, ob nicht in den nächsten Jahren die Arbeiterstatistik mehr im Vordergrund der Sozialpolitik stehen wird als alles was sich etwa auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, des Arbeiterlohnes, der Gewerbesteuer und parlamentarischen Beiratsmaterialien bieten könnte. Die Debatte, die den größten Teil der Sonnabendtagung füllte, hat hauptsächlich nach drei Seiten hin ländend gewirkt. Zunächst bemängelte der Wg. Dr. Einfeldt die Zusammenfassung der arbeiterstatistischen Beirats. Arbeitgeber, Arbeiter, Vertreter der Wissenschaft sind in ihm überaus nicht vorhanden; die parlamentarischen Mitglieder sind in der Minderzahl und die Gehelgsordnung ist so gefaßt, daß die Beamten, wenn beispielsweise die Reichstagsmitglieder durch eine Sitzung verhindert sind, für sich allein die wichtigsten Befehle fassen können. Was in dieser Beziehung der lospolitische Redner vorbrachte, kam durchweg mit den Forderungen überein, die der Liberalismus an Erhalten, wenn sie drückbar sein sollen, von jeder gestellt hat. In, das englische Mutter, das im wesentlichen liberalen Anschauungen entsprechen ist, geht wesentlich darüber hinaus und verlangt arbeiterstatistische, kontradiktorische, eithliche Vernehmungen. Anders als auf diesem Wege werden wir es auch in Sachen der Arbeiterstatistik zu voller Zweckmäßigkeit niemals bringen.

Ein Beispiel für die Wichtigkeit dieser Forderungen hat sich sofort bei der Verpredung der Übernahme der Arbeitsmarkt-Verichterstattung durch das Reich. Diese Übernahme wird von allen Seiten ohne Unterschied der Parteien als das freudlich begrüßt; aber die bureaukratische Art, in der sie unter

brutaler Rücksichtslosigkeit gegen die bestehende private Versichererstattung durchgeführt wurde, hat beinahe allgemein einen geradezu heillosen Eindruck der Ziffern der Arbeitstatistik auf den Krankenversicherer zu ermöglichen, die Ausfüllung dieses Gebandes, die Schaffung der dazu notwendigen Organisation, sind in Deutschland bekanntlich das Recht eines, der in feststehender unwiderrücklicher Arbeit eine Versichererstatistik man früher für geradezu unmöglich hielt, mit der von ihm angewendeten Methode in seiner Beiratsarbeit „Der Arbeitsmarkt“ vollständig zusammengebracht. Als aber das Kaiserliche Statistiken Amt diese Versichererstatistik zur Reichsstatistik erklärte, tat es, als ob es nicht nur auf dem Nichts geblieben wäre; ein Vorgehen, das nicht nur an sich ungehörig war, sondern auch außerdem zur Folge hatte, daß die alte Versichererstatistik teilweise abbrach, bevor noch die neue vorhanden ist. Als sich wieder in der Tagespresse vertrieben der politischen Parteien Enttäufung regte, leate der Präsident dem Reich die Sache in der Sitzung vom 13. Dezember vor. Der 13. Dezember war besetzt Tag, an dem die Reichstagsmitglieder durch die denkwürdige neuneinhalbstündige Sitzung zur Verhinderung des Zolltarif gefehlt waren. In Anwesenheit der Reichstagsmitglieder hatten die anwesenden Beamten in Sachen des Reichsstatistik und wissenschaftlichen Anstandes eine geheime Sitzung, verabschieden ihren Beiratsstatistik gegen jeden Verdacht des literarischen Diebstahls und hielten sich darin aus, daß das, was Dr. Jastrow gemacht habe, eigentlich „selbstverfälscht“ sei. Mit Recht vergleicht der Wg. Richter die Mische des Reichsstatistik mit der bekannten Erklärung vom 6. des Jahres 1898 und warf die Frage auf, wozu es führen solle, wenn verdiente Gehälter bloß deswegen, weil ihre Methode allgemeine Anerkennung findet, glatt und einfach zur Seite gelassen und in ihren literarisch-wissenschaftlichen Unternehmungen direkt geschädigt werden. Gerade für die Bedürfnisse des praktischen Lebens habe die Versichererstatistik des „Arbeitsmarkt“ eine hervorragende Bedeutung gehabt, und habe es insbesondere ermöglicht, vor Ausdruck der Statistik bereits Warnungssignale ertönen zu lassen, als die Böse noch voll von einseitigen Optimismus war. Dem Gewicht dieser Ausführungen von sachkundiger Seite konnte sich auch der Staatssekretär Graf Solovodow nicht entziehen. Er ludte Schädigungen des privaten Unternehmens zum zu beiraten, aber die Tatsache, daß hier das Reich auf Grundlagen baue, die ein Privatrat gelegt hat, erkannte er in vollem Umfange an.

Am Wichtigsten werden diese beiden Punkte vielleicht noch von einem dritten übertragt: der Neigung, die im Jahr 1905 wieder eine Erneuerung und Gemeinverfassung zu veranlassen. Sie allein ist imhinde, unserer Sozialpolitik eine feste statische Unterlage zu geben. Die Agrarier freilich fürchten die häufige Wechselstellung dieser Befüllungen, weil sie immer aus neuem Ausdruck bringen, daß die Bedeutung der industriellen Bevölkerung im Deutschen Reich in gewaltigem Steigen begriffen ist.

Politisches.

* Herzog Nikolaus von Württemberg ist, wie gemeldet, am Sonntag in Karlsruhe in Schwaben im Alter von 70 Jahren gestorben. Herzog Nikolaus der Nachkomme eines Bundes des Kurfürstentums des gegenwärtigen Königs von Württemberg) war, da der König Wilhelm bisher nur eine Tochter aus erster Ehe besitzt, der dem Thron von Württemberg am nächsten stehende Agnat. Herzog Nikolaus, der seit 1892 Witwer war, hinterließ keine Kinder. Der nunmehrige nächste Thronerbe ist nach der „Kreuzzeitung“ der Herzog Philipp von Württemberg, der am 30. Juni 1838 zu Stuttgart als Sohn des Herzogs Alexander († 1881) und der ihm vermählten geborenen Prinzessin Marie von Orleans († 1889) geboren und seit dem 15. Juli 1865 mit der (1845 geborenen) Erbherzogin Maria Theresia von Österreich vermählt ist. Herzog Philipp ist katholisch, mit ihm würde also die katholische herzogliche Linie an die Regierung kommen.

* Nachdem die Revolle zum Krankenversicherungsgehe fertig gestellt ist, wird der Bundesrat sich während der laufenden Reichstagsagung vornehmlich nur noch über bereits angelegte oder Konsequenzen früherer Befehle darstellende Entwürfe schlüssig machen. In den ersten gehört der Entwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte, zu den letzteren der, der sich auf die Ausfüllung des Schiedsgerichts bezieht; er muß nach der Vorchrift des letzteren selbst bis zum 1. April d. J. dem Reichstags zur Genehmigung vorgelegt sein. Verwaltungsmaßnahmen werden dem Bundesrat dagegen auch in nächster Zeit vielfach beschließen. Die unschließliche wird darunter die Ausfüllungsbewertung zur Semannordnung sein. Graf v. Solovodow hat in im Reichstags erklärt, daß die neue Semannordnung mit dem April ohne weitere Schwierigkeiten für zur Anwendung gebracht werden können.

* Der Ton der ultramontanen Presse anlässlich der gegenwärtigen Ministerkrise in Bayern ist überaus bescheidend und lehrreich. Die Ernennung des Staatsrats Dr. von Wegener zum Kultusminister kommentiert die „Germania“ folgendermaßen:

So erfreulich auch die Ernennung Bodelschwings zum Ministerpräsidenten sein magte, von Lehnberer Wichtigkeit war die Bezeichnung des Kultussekretärs, denn auf seinen Boden werden die geistigen Streitfragen angefahren. Das Staatsrat Dr. v. Wegener Kultusminister wurde, wird in ganz Bayern mit Befriedigung vernommen werden. Er ist reiflich und wie feiner, arbeiterfreundlich, tüchtig und ein ausgesetzter Katholik. Ministerpräsident Frey, von Bodelschwings befristet seine Reich im Ministerium, indem er seinen leiblichen ersten Berater als Nachfolger im Kultusministerium erhält. Dr. von Wegener besitzt alle Eigenschaften

Frühjahrs-Räumungsverkauf

beginnt

Donnerstag den 26. Februar.

Die Preise sind

staunenerregend billig.

Günstigste Gelegenheit zum Einkauf von Konfirmandenstiefeln.

Werner's Schuh-Magazin, 55 Gr. Ulrichstr. 55

Friedmann & Weinstock, Leipzigerstraße 12.

Wir empfehlen uns zur Erledigung aller bankgeschäftlichen Maßnahmen, wie Eröffnung von Konto-Correnten u. provisionsfreien G&H-Rechnungen, Ein- und Verkauf von Effekten, Zinsen, ausländischem Papierrech, Gold und Silber, Besetzung von Effekten, Einlösung von Coupons, bestellten und gefälligen Effekten, Hebernahme von Sparbüchern auf fällige und längere Kündigungen, Besetzung, Einzug und Ausstellung von Wechseln und Checks auf das In- und Ausland, Ausstellung von Creditbriefen.

Aufbewahrung von geschlossenen Depôts.
Entgegennahme von Wertpapieren zur Verwahrung als Sondereigentum unter gesetzlicher Haftung und Verwahrung als offene Depôts.
Vermietung von eisernen Schrankkästern, sog. Safes, in unserer nach den neuesten Erfahrungen der modernen Technik absolut feuer- und einbruchsfest hergestellten Treier.

Leipzigerstraße 12,

Friedmann & Weinstock.

Magdeburg, im Februar 1903.

An maßgebenden Handelskreisen hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, in Magdeburg — vorläufig wöchentlich einmal — Zusammenkünfte der Interessenten für Getreide, Futtermittel und Düngemittel etc. zu veranstalten. Es findet daher allwöchentlich am

Donnerstag vormittags 10^{1/2} — 1 Uhr

im oberen Börsensaal Alte Markt 5/6 eine

Getreide- u. Produktenbörse

statt. Die erste Börsenversammlung ist am Donnerstag den 26. Febr. cr. und werden wir dabei auf rege Beteiligung.

Verein für Getreidehandel zu Magdeburg.

Königstädtische Vorschule für Knaben.

Salle, Köhlerstraße 51.

Vorlehrerin: Luise Staabs.

Ganz überflüssig

Ist wohl noch ein Hinweis darauf, dass die so viel genannte **Tell-Chocolade** ein Fabrikat erster Klasse ist; Kräftig im Cacao-Geschmack und dennoch lieblich und angenehm mundend.
Preise: 25 Pf. p. Tafel, 40, 50, 60, 75 Pf. u. 1 M. p. Carton.
Hartwig & Vogel, Dresden-A.

In den nächsten Tagen trifft ein großer Transport **Prima bayr. Zugschjeh** sowie **hochtrag. u. neumilchender Stjeh** bei uns ein.

Gebr. Friedmann, Marienstraße 24.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Fritz König in Halle.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass das Aoussere einer Zigarre die Qualität nicht beeinflusst, weshalb auch gute Ausschuss-Zigarren der grossen Preisdifferenz halber vor rein sortierten bevorzugt werden. Hier in Bremen werden diese Vorteile schon seit langem Jahren ausgenutzt. Unsere Sortimentsliste I enthält von 10 verschiedenen hochfeinen Br. Marken je 33-34 Stück, zusammen 334 Stück (1/2 Milie)

Bremer Ausschuss-Zigarren (Fehl-Farben)

welche rein sortiert 75, 80, 86, 92, 100, 108, 115, 116 und 120 Mark pro Milie kosten. Diese versenden wir für den **Mark 20** franko. Vergleichen Sie, bitte, die von Ihnen bisher gerauchten Qualität mit unseren Br. Aussch.-Zigarren. Sie werden erstaunt sein, was wir Ihnen für den Durchschnittspreis von **6 Pfennigen pro Stück** bieten. Alle Sorten sind leicht bis mittelkräftige, milde Bremer Fabrikate mit hochfeinem Aroma und Geschmack, sowie schönem, gleichmässigem Brand. Nichtkonvenientes nehmen auf unsere Kosten zurück, wobei 10 Probe-Zigarren nicht berechnet und gezahlte Beträge sofort voll zurückerstattet werden. Für streng reelle Bedienung bürgt der Ruf unserer Firma. **Joh. Eggers & Co., Hemelingen bei Bremen.**

Zähne, Reparaturen und Uhr-Zahnzahnen (ohne Zahnarzt) (ohne Zahnarzt) Netz, Weißstraße 15, 1 (Alber-Postfach), Eingang Weichstr.

Fischer & Fricke, Weinrentenfabrik, Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Hölbergasse (Generals-Ansacker).

Porträts in Steine, Porzellan u. Del. überaltende Reiblichkeit, liefert zu billigen Preisen **Fran Ingenieur Hayes,** Lindenstraße 63. NB. Ausgeführte Porträts sind stets zur Ansicht vorhanden.

A. Ahlheit, Klavierstimmen 5, Vereinsstr. 2.

Bode's Geld-Schänke und bewirndicht Hannoverische Geldschrank-Tresorbau-Anstalt Carl Unger, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59. Hermann Bode, Hannover

Gerichtlicher Ausverkauf. Die Restbestände der C. Berthold'schen Stoufwaren-Fabrik, bestehend aus Zigarren, Zigaretten und Kautabak werden im Geschäftsfatal Händlungsstraße 7/8 **Donnerstag, Freitag u. Sonnab. den 26., 27., 28. d. Mts.** in Berlin und einzeln in billigen Preisen ausverkauft. Der Stoufwarenverwalter **Alb. Brand.**

Zur Konfirmation empfiehlt **Gesangbücher** in allen Preislagen **Otto Hendel, Buchhandlung, Marktplatz 24.**

Futterrunkelsamen. Gelbe oder rote Oberdörfer den 300 Brutto 300.00, das 300 Brutto 25.00, Gelbe Oberdörfer den 300 Brutto 23.00, das 300 Brutto 20.00, rote Oberdörfer, rote Wammuth den 300 Brutto 22.50, das 300 Brutto 20.00, rote oberdörferige Wammuth den 300 Brutto 22.00, das 300 Brutto 20.00, Milfedon dieser Sorten den 300 Brutto 22.00, das 300 Brutto 20.00, tieferer unter Nachnahme, fronte probe, nur direkt an Landwirte, indem ich mich 5 Rbd. nicht abgebe. Von 5-10 Rbd. inf. bedevende ich den Versandpreis, von 20 Rbd. an unwiderr. den Bestpreis. **Friedrich Hühnerberg, Reinfelder 11/12.**

Die bisherigen **billigen Preise** für unsere vorzüglichsten **süssen Apfelsinen** bleiben auch weiter bestehen. Dtzd. 45 55 75 Pfg. 100 Stück nur 3.50 4.50 5.50 Prompter Versand. **Pottel & Broskowski.**

Wer seine Kinder lieb hat, gibt ihnen **Kochs** langjährig bewährten **Nährzwieback.** Karl Kochs Nährzwieback bildet den Kinder's gesunden Nahrungsmittel und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch. In höheren Kolonialwarenhandl. sowie in den Apotheken, Drogerien, **Karl Kochs Nährzwieback-Fabrik, Halle a. S.**